

Es informiert Sie	Heike Mehler
Telefon (0202)	563 6265
Fax (0202)	563 8085
E-Mail	heike.mehler@stadt.wuppertal.de
Datum	12.04.2011

Niederschrift

über die Sondersitzung der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg (SI/1696/11) am 12.04.2011

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

die Herren Gregor Ahlmann, Wolfgang Peter Cleff, Karl Grünewald, Dr. Frank Stromberg und Willi Joachim van Elsen ,

von der SPD-Fraktion

Frau Ulrike Fischer, Frau Seda Perincek, die Herren Andreas Bialas, Eberhard Hasenclever und Peter Röder ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Rene Kissler ,

von der FDP

Herr Dirk Freudenwald ,

von DIE LINKE

Herr Uwe Meves-Herzog ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

die Herren Rainer Spiecker und Michael Wessel ,

vom Wuppertaler Jugendrat

Lukas Hohmann und Burak Ülker

als Berichterstatter

Herr Stadtdirektor Dr. Slawig, Herr Paßmann und Herr Wächter

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Klaus Frische ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Thomas Sperling ,

Schriftführerin:

Heike Mehler

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 20.20 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Wupper im Regierungsbezirk Düsseldorf Vorlage: VO/0190/11

Frau Fischer hat bereits folgende Information über die Geschäftsführung in die Verwaltung gegeben:

„Im Bezug auf die Überschwemmungsgebiete habe ich auf der Seite des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW folgenden Hinweis gefunden:

*„Das **Überschwemmungsgebiet** klammert Flächen mit bestehender Bebauung aus. Die Abgrenzung ist dort anzuordnen, wo ein Schutzbauwerk errichtet werden würde.“*

Entsprechend erwarte ich eine Änderung der Überschwemmungsgebiete bezüglich der bebauten Gebiete. Vom anwesenden Referenten erwarte ich eine Erklärung für den fehlerhaften Plan.

Unter dem Link: <http://www.lanuv.nrw.de/wasser/ueberschwemmung.htm> können Sie die entsprechende Passage nachlesen und an den Herrn weiterleiten, damit er dazu Stellung nehmen kann. Wenn die bebauten Gebiete aus dem Überschwemmungsgebiet herausgenommen werden, habe ich keine weiteren Fragen.“

Dazu liegt bereits folgende Antwort der Bezirksregierung Düsseldorf (Dezernat 54 – Überschwemmungsgebiete/Hochwasserrisikomanagement-Planung) vor:

„Zu dem von Fr. Fischer dargestellten Sachverhalt und den damit verbundenen Forderungen ist inhaltlich festzuhalten:

- 1) Die von Fr. Fischer zitierte Internet-Seite ist veraltet (LANUV 2007).*
- 2) Aktuelle Rechtsgrundlage bildet das WHG in der Fassung vom 31.07.2009 (in Kraft getreten am 01.03.2010).*
- 3) Regelungen zu Überschwemmungsgebiete finden sich in § 76 ff. WHG. Bebaute Flächen sind darin nicht mehr von der Festsetzung als ÜSG ausgenommen.“*

Frau Fischer weist darauf hin, dass der neue Gesetzestext für sie keine andere Deutung zulasse. Es sei nicht erkennbar, dass bebaute Gebiete jetzt zu Überschwemmungsgebieten gehören könnten.

Herr Wächter erklärt jedoch, dass sehr wohl nach der Auslegung der neuen gesetzlichen Bestimmungen die Notwendigkeit bestehe, auch bebaute Flächen einzubeziehen.

Frau Fischer erklärt, dass sie die Aussagen nicht akzeptiere und die Angelegenheit weiter verfolgen werde.

Herr Hasenclever erklärt, dass sich wohl im Moment keine Einigung erzielen lasse und schlägt daher vor, dass die Verwaltung zur Frage von Frau Fischer schriftlich Stellung nimmt. Die SPD wünsche eine klare Aussage, hier bezogen auf den einbezogenen bebauten Bereich in Beyenburg.

Die Bezirksvertretung stimmt dem Vorschlag von Herrn Hasenclever zu.

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 12.04.2011:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat wie folgt zu entscheiden:

Die Stellungnahme der Stadt Wuppertal (Anlage 3) wird beschlossen.

Mehrheitlich mit 6 Gegenstimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2

Umsetzung der HSK-Maßnahme 13.2 - Schaffung einer neuen Leistungseinheit "Bürgeramt"

-ohne Vorlage-

(Die entsprechenden Unterlagen sind den Mitgliedern bereits zur Sitzung am 15.03.2011 ausgehändigt worden)

Berichterstattung/Präsentation des Abschlussberichtes durch Stadtdirektor Dr. Slawig

Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg gibt zu TOP 2 der TO folgende Erklärung, verlesen von Frau Fischer, ab:

*„Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
sehr geehrte Berichterstatter der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Bezirksvertretung,*

die SPD-Fraktion lehnt die Vorschläge im Rahmen des Verwaltungskonzeptes „Bürgeramt“ mit seinen Auswirkungen für die Stadtteile Langerfeld und Beyenburg in Gänze ab.

Das Konzept bringt in den betroffenen Stadtteilen deutlich Einschnitte im Leistungsangebot der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger mit sich. Diese sind sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur. Zum einen werden die Öffnungszeiten drastisch reduziert und gehen mit ihrer Beschränkung auf eine feste Uhrzeit von 08.00 bis 12.30 Uhr an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei. Zum anderen wird das Leistungsangebot in seiner Vielfalt deutlich eingeschränkt.

Dieser doppelte Attraktivitätsverlust führt in der Folge mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer stark verringerten Nutzung der Bürgerbüros. Die bereits vorge-sehene Evaluierung nach einer gewissen Probezeit legt die Schlussfolgerung nahe, dass es sich bei dem vorgelegten Konzept um ein „Sterben auf Raten“ handelt, das von vornherein einkalkuliert ist. Am Ende dieser Entwicklung steht dann ein Stadtteil ohne Service vor Ort!

Als Vertreter der Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Langerfeld und Beyenburg lehnen wir deshalb den Vorschlag der Verwaltung mit Entschiedenheit ab.

Die Ablehnung unserer Fraktion geht allerdings auch bewusst über die örtliche Betroffenheit hinaus. Sie richtet sich genauso grundsätzlich an die Politik des „Kaputtsparens“ im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist die reflexartige Strategie des „Sparens an allen Ecken“ weder zielführend noch sinnvoll.

Die Haushaltsdefizite der Stadt Wuppertal haben ihre Ursachen in Entscheidungen, die auf anderer Ebene unseres föderalen Systems getroffen wurden. Insbesondere der Bund hat durch seine Entscheidungen seit vielen Jahren immer wieder Belastungen für die kommunalen Haushalte herbeigeführt. Aber auch die schwarz-gelbe Landesregierung hat in verschiedener Weise zur Steigerung der Defizite beigetragen. Es ist aus unserer Sicht ein grundsätzlicher politischer Irrweg, auf diese Entwicklung mit einem Spardiktat in den Kommunen zu reagieren. Im Ergebnis führt dies nur zu einem dramatischen Rückbau der öffentlichen Infrastruktur zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, ohne dass hierdurch verlorene finanzielle Handlungsspielräume zurück gewonnen werden. Auch bei

der Umsetzung aller Sparbemühungen wird das Wuppertaler Minus genauso ein Minus bleiben, wie der städtische Haushalt unter Kuratel bleiben wird.

Im Attraktivitätswettbewerb der Städte und Gemeinden wird in der Zukunft nicht derjenige vorne liegen, der am meisten gespart hat! Das Konzept der Verwaltung ist deshalb für uns nicht nur aufgrund seiner bezirklichen Auswirkungen abzulehnen sondern auch wegen seines politisch-strategisch falschen Grundsatzes.“

Herr Hasenclever verliest eine Ergänzung dazu:

„Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung weist darüber hinaus auf die Hauptsatzung der Stadt Wuppertal hin.

Zitat:

§ 25 Bürgerbüros

(2) Über die Errichtung und Auflösung von Bürgerbüros, die Änderung ihrer Aufgaben, die Besetzung ihrer Leitung und wesentliche Änderungen der personellen Ausstattung entscheidet der Oberbürgermeister nach Anhörung der Bezirksvertretung.

Ende des Zitates

„99.000 Bürgerinnen und Bürger sind in den 4 Wuppertaler Stadtteilen betroffen. Wir fordern deshalb eine öffentliche Anhörung nach Hauptsatzung § 25 Absatz 2 durch den für die Entscheidung zuständigen Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal – Herrn Peter Jung.

Als Konsequenz aus den geschilderten Zusammenhängen verlässt die SPD-Fraktion zum ersten Mal seit Gründung der Bezirksvertretungen im Jahre 1945/46 die Sitzung zum anstehenden Tagesordnungspunkt.“

Die anwesenden Mitglieder der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung verlassen den Sitzungsraum um 19.45 Uhr.

Dr. Slawig erklärt, er finde es eigenartig, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion vor seiner Darstellung des Abschlussberichtes die Sitzung verlassen. Er äußert bezogen auf die Wortwahl der Erklärung Kritik, da diese in der Sache ärgerlich und falsch sei. Er verwehre sich gegen den Vorwurf des „Kaputtsparens“, da es sich bei den Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes um den Versuch handele, in einer dramatischen Situation den Haushalt der Stadt in Ordnung zu bringen. Es sei die Verpflichtung der Verwaltungsspitze und des Rates, die Zahlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten. In wenigen Tagen sei die Stadt Wuppertal überschuldet, was bei einem privaten Unternehmen zu einem Insolvenzverfahren führen würde.

Es ginge darum die Vorgaben der Bezirksregierung zu den haushaltsrechtlichen Vorgaben für die Kommunen zu erfüllen, hierzu gebe es keine Unterschiede zwischen den Vorgaben der „alten“ und der „neuen“ Regierung. Der Innenminister erwarte die Fortsetzung der konsolidierenden Maßnahmen im Haushalt.

Nach diesen Ausführungen zum Verhalten der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung wendet sich Herr Dr. Slawig dem Thema zu:

Ihm sei völlig klar, dass die Vorschläge der Verwaltung zu den Veränderungen in den Bürgerbüros zu Verärgerungen führe.

Schließlich beinhalten die Änderungen eine Reduzierung der Öffnungszeiten von

jetzt 26 Stunden auf 9 Stunden, sowie eine Reduzieren der Aufgaben um wesentliche Teile. So werde es in Zukunft keine Dokumentengeschäfte wie Pass- und Personalausweisbeantragung und –abholung mehr geben. Statt der bisherigen Trauungen gibt es zukünftig nur noch Ambiente-Trauungen, die zu Mehrkosten bei den Paaren führen.

Die Kritik an der Veränderung sei daher legitim und nachvollziehbar.

Der Vorschlag der Verwaltung sei eine vollständige Schließung der Bürgerbüros mit einer Einsparmöglichkeit von 750.000 Euro gewesen. Daraufhin habe sich jedoch erheblicher Widerstand geregt und in vielen Gesprächen wurde der Kompromiss entwickelt, den der Rat in seiner Sitzung am 12.07.2010 beschlossen habe:

1. Gründung einer neuen Leistungseinheit „Bürgeramt“
2. Reduzierung der Öffnungszeiten der Bürgerbüros
3. Einsparungen vom 300.000 Euro

Die Umsetzung dieses Beschlusses sei nun eine Aufgabe der laufenden Verwaltung. Es werde demnach keine neue Behandlung des Themas und damit keinen neuen Beschluss des Rates geben.

Herr Dr. Slawig weist darauf hin, dass es bereits andere Stadtteile z.B. Elberfeld gebe, deren Bürger für die Erledigung ihrer Angelegenheiten in die Zentralen nach Barmen fahren müssten. Er denke, dass es auch den Langerfelder und Beyenburger Bürgerinnen und Bürger zuzumuten sei, z.B. zum Einwohnermeldeamt nach Barmen zu fahren, zumal die Beantragung eines Passes oder Personalausweises in der Regel nur alle 10 Jahre erfolge.

Zur Frage der Geschäftsführung für die Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg könne er zusagen, dass diese auch weiterhin durch Frau Mehler ausgeführt werde. Der Unterschied liege lediglich in der örtlichen Erreichbarkeit, die nicht mehr ausschließlich in Langerfeld, sondern teilweise auch über Barmen gegeben sein könnte. Außerdem werde die Verwaltung versuchen, die jetzigen MitarbeiterInnen im Bürgerbüro auch weiterhin einzusetzen. Dies könne allerdings im Vertretungs- oder Krankheitsfall anders aussehen.

Zum Prüfungsantrag zur „Veränderbarkeit der Öffnungszeiten von zwei Vormittagen auf einen Vormittag und einen Nachmittag“ könne er bereits jetzt mitteilen, dass die Verwaltung trotz aller Schwierigkeiten, die damit verbunden seien, versuchen werde, diesen Wunsch umzusetzen. Die besonderen Probleme lägen in der Planung des Personaleinsatzes und der Verteilung der Kundenströme.

Herr Dr. Slawig kündigt an, dass die Umsetzung der Maßnahmen zum 01.09.2011 geplant seien. Nach 12 bis 18 Monaten werde eine Auswertung der Erfahrungen mit den Veränderungen erfolgen. Dann könne über erforderliche Veränderungen erneut gesprochen werden.

Herr Cleff dankt Herrn Dr. Slawig für seine Ausführungen. Er bedaure zwar die heftigen Einschnitte, aber die Aussagen und Zusagen hätten auch Hoffnung gemacht.

Herr Ahlmann spricht für die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung das Bedauern über die angesagten Veränderungen aus. Es gehe schon an die „Ehre“ des Stadtbezirkes „sein“ Bürgerbüro in der gewohnten Form zu verlieren. Man nehme aber trotz aller Einschränkungen erfreut zur Kenntnis, dass die Öffnungszeiten zumindest einen *Nachmittag* umfassen sollen.

Außerdem weist man darauf hin, dass die Öffnungszeiten für Beyenburg, wegen der weiten Entfernungen von großer Bedeutung seien.

Herr Ahlmann betont, dass der Verbleib der Geschäftsführerin, Frau Mehler, ausdrücklich gewünscht werde und ihn die Zusage von Herrn Dr. Slawig außerordentlich beruhige. Die gute und verlässliche Zusammenarbeit zwischen Bezirksvertretung und Frau Mehler müsse weiterhin ermöglicht werden.

Herr Spiecker erklärt, er und Herr Wessel nähmen als Stadtverordnete die Reaktion der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung mit Erstaunen zur Kenntnis. Sie fänden, dass der Umgang mit dem Thema nicht zielorientiert sei. Im Rat sei schließlich mit CDU und SPD gemeinsam der entsprechende Beschluss gefasst worden.

**2.1 Antrag der FDP in der BV zu TOP 2 "Umsetzung der HSK-Maßnahme 13.2 - Schaffung einer neuen Leistungseinheit 'Bürgeramt'"
Vorlage: VO/0327/11**

Die Diskussion zum Thema ist bereits zu TOP 2 erfolgt und protokolliert.

Herr Cleff schlägt daher vor, dass die Bezirksvertretung bezogen auf die Öffnungszeiten beschließen solle einen Vormittag und einen Nachmittag (bis 17.30 Uhr) zu öffnen und nach 18 Monaten von der Verwaltung einen Prüfbericht zu bekommen ob sich das System bewährt hat.

Der Antrag von Herr Freudenwald habe sich damit bis auf den Punkt 4 erledigt. Herr Freudenwald stimmt dem zu.

Zu Punkt 4 des FDP-Antrages erläutert *Herr Dr. Slawig*, dass eine Einbringung in die Sitzung des Hauptausschusses vom Verfahrensablauf nicht möglich sei, da der Rat in der Sache bereits am 12.07.2010 abschließend entschieden habe. Er könne jedoch zusagen, dass er die Empfehlungen der Bezirksvertretung dem zuständigen Finanz- und Beteiligungsausschuss zur Kenntnis geben werde.

Daraus resultierend erfolgt die folgende Beschlussfassung unter Einbeziehung der von Herrn Dr. Slawig darüber hinaus erfolgten Zusagen:

1. Beibehaltung der Geschäftsführung für die Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg auch weiterhin durch Frau Mehler
2. Weitestgehender Einsatz der bisherigen MitarbeiterInnen in Langerfeld und Beyenburg an den noch verbleibenden Öffnungszeiten für die verbleibenden Aufgaben.

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 12.04.2011:

1. Die Verwaltung wird gebeten, neben einem Vormittag auch einen Nachmittag bis 17.30 Uhr zu öffnen.
2. Nach 18 Monaten soll eine Prüfung erfolgen, ob sich das neue System bewährt hat.
3. Die Verwaltung wird gebeten, Sorge dafür zu tragen, dass die Geschäftsführung der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg auch in Zukunft von Frau Mehler ausgeübt wird.

4. Die Verwaltung wird gleichfalls gebeten, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft die bisher in Langerfeld und Beyenburg eingesetzten Mitarbeiterinnen vor Ort tätig sind.

Einstimmigkeit

(in Abwesenheit der SPD-Fraktion, da diese an der Diskussion zu TOP 2 und 2.1 nicht teilnahm)

Cleff
Vorsitzender

Heike Mehler
Schriftführerin